

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 24.

Berlin, den 14. Juni 1908.

9. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Agitation!

Inhaltsverzeichnis.

Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen. — Rundschau
auf dem Wirtschaftsmarkte. — Aus dem Bezirk Köln. —
Rundschau: „Matte Bautätigkeit.“ Kampf der Unternehmer gegen
Beamten- und Angestelltenverbände. Untersuchung über die
Prüfungen. Wo sitzen die Streikbrecher? „Ein Kolonial-
warenhändler.“ — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbands-
richtlinien: Schneidemühl. Weuthen. Elten. Gieselsdorf.
Herrnberg. Rheine. Nemsch. Wesel. — Aus Arbeit-
sverbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. —
Arbeitsstellen. — Literarisches. — Bekanntmachung
des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen. — Sterbe-
anzeigen.

Das gewerbliche Fortbildungsschul- wesen

Deutschland weist speziell auch für die letzten beiden Jahre
immer weitere Fortschritte auf. Die Statistik nämlich, daß
das Interesse der Heranbildung eines leistungsfähigen
Nachwuchses sowie der Hebung des Handwerks überhaupt,
die Fortbildungsschule mit Pflichtbesuch unentbehrlich ist,
liegt nicht nur im Handwerk sowie bei dessen Inter-
essenvertretungen durch, sondern auch bei den Gemeinden
und Behörden. Unter diesen entwickelt sich in der Förde-
rung des Fortbildungsschulwesens nach den verschiede-
nen Richtungen hin ein rühriger lobenswerter Eifer, der
von den einzelnen Bundesstaaten durch erhöhte
Zuweisung finanzieller Mittel, Fürsorge für die so
wichtige Frage der Ausbildung tüchtiger Fortbildungs-
lehrer usw. in steigendem Maßstabe die wünschens-
werte Unterstützung erfährt.

Bemerkenswert ist, daß sowohl was die Zahl der
gewerblichen Fortbildungsschulen anbelangt, als auch
ihren Besuch Süddeutschland vor Norddeutschland einen
großen Vorsprung aufweist. Das liegt im wesentlichen
 daran, weil hier der Gedanke, daß eine tüchtige ge-
werbliche Ausbildung für den jungen Mann die beste
Vorstufe auf seinen Lebensweg bildet, schon früh-
zeitig festen Fuß gefaßt hatte. Daß aber auch Preu-
ßen gewillt ist, den Vorsprung Süddeutschlands nach
und nach einzuholen, läßt der vor kurzem erschienene
Jahresbericht des Preussischen Landesgewerbeamtes erken-
nen, der in ausführlicher Weise über die in den letzten
beiden Jahren auf dem Gebiete des gewerblichen Fort-
bildungsschulwesens geleistete Arbeit berichtet und die Auf-
gaben kennzeichnet, deren Lösung bereits in Angriff ge-
nommen ist und für die nächste Zeit zur Durchführung
gelangen soll. Insofern ist der Bericht auch von allge-
meinerem Interesse.

In Preußen belief sich 1906 die Zahl der gewerblichen
Fortbildungsschulen auf insgesamt 1535, davon 1450 mit
Schulzwang und 85 ohne Schulzwang. In den beiden
Vorjahren dagegen betrug ihre Zahl 1395 bzw. 1290.
Dazu kommen noch 409 sogenannte Vereins- und In-
nungsschulen. Die Zahl der Schüler stieg von 201 716
im Jahre 1904 und 226 574 im Jahre 1905 im Jahre 1906
auf 264 341. Davon entfielen auf Schulen mit Schul-
pflicht 240 951 und ohne Schulpflicht 20 390. Auf die
Vereins- und Innungsschulen verteilen sich 23 728 Schü-
ler.

Während die Zunahme der Pflichtschulen in den
letzten beiden Jahren 22,5% betrug, zählte diejenige der
Schüler gar 38,8%. Die Schülerzahl ist also wesentlich
über gestiegen als diejenige der Pflichtschulen. Die
Zahl der Innungs- und Vereinschulen ist von 428 im
Jahre 1904 auf 409 im Jahre 1906 zurückgegangen. Der
Bericht schreibt diese Erscheinung dem Umstande zu, daß
in den gewerblichen Fortbildungsschulen der beruflichen
Ausbildung eine immer wachsende Beachtung geschenkt
wird, besonders auch im Zeichenunterricht, dem Haupt-
tätigkeitsgebiet der genannten Schulen. Wo dies der
Fall war, ließen die Innungen ihre Schulen als Fach-
schulen in der Fortbildungsschule aufgehen.

Weiter verbreitet der Bericht sich dann über die Ver-
teilung und Einrichtung der Schulen (Schulzwang und
Unterrichtszeit; Zahl der Unterrichtsstunden, Lehrzeit;
Ablösung der Schulen und Verteilung der Schüler auf
die Klassen; Lehraufgaben und Lehrstoffe) und bespricht
schließlich die im Jahre 1907 vorgenommene Neuorga-
nisierung des so wichtigen Zeichenunterrichts im Sinne des
fachlichen Unterrichts. Zur Begründung desselben
führt der Bericht die nachfolgenden Motive an. Für
solchen seien die Bedingungen in der Tagesbe-
schäftigung des Lehrlings gegeben. Der Lehrling, von
dem man annehmen könne, daß er mit vielem gutem
Wollen seinen neuen Beruf erlerne, finde dann in den
Unterrichtsstunden der Fortbildungsschule die Ergänzung zu
dem, was er den Tag über treibe. Sein Interesse werde
weckt und damit die erste Bedingung für eine gedeih-

liche Unterrichtsverteilung erfüllt. Es werde ihm nicht
zugemutet, sich in fremde Vorstellungen zu vertiefen,
sondern er könne die Vorstellungen weiter verarbeiten,
mit denen er sich in seiner Tagesarbeit beschäftigt habe.
Vor allem aber lerne er für seinen Beruf wirklich Nüt-
zliches. Es werde ihm möglich werden, in den drei
Jahren, in denen er die Fortbildungsschule besuche, alle
einfachen Konstruktionen seines Berufes kennen zu lernen
und diese zeichnerisch darzustellen. Wenn er die Schule
verlasse, werde er einen Bestand von zeichnerischen Ar-
beiten mit sich ins Leben nehmen, auf die er später bei
der Ausübung seines Berufes zurückgreifen könne.

Die Durchführung der Zeichenunterrichtung betreffen-
den Richtlinien sind für die Fortbildungsschulen eine
wichtige Aufgabe der Zukunft sein. Dazu tritt eine Reihe
anderer. Das weitere Gelingen der Fortbildungsschule
wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die Lehrer-
schaft dazu anzuleiten, die gewerbliche Eigenart des Unter-
richts zur Geltung zu bringen und den erzieherischen Auf-
gaben der Fortbildungsschule, besonders auf dem staats-
bürgerlichen Gebiete, gerecht zu werden. Alle Veran-
staltungen zur Aus- und Fortbildung der Lehrer werden
daher sorgsame Pflege zu beanspruchen haben. Besondere
Förderung wird auch die vermehrte Anstellung von haupt-
amtlichen Lehrern, die ihre volle Kraft der Fortbildungs-
schule widmen können, verdienen. Je mehr Schulmänner
ihre Lebensaufgabe auf dem Gebiete der Fortbildungs-
schule finden, um so mehr wird es möglich sein, die ge-
werbliche Jugend auch außerhalb des Unterrichts zu sam-
meln und durch Veranstaltungen, die der Geselligkeit, der
Belehrung, dem Sport und dem Spiel dienen, für ihr
geistiges und leibliches Wohl zu sorgen.

An den zahlreichen Orten, die zwar eine lebhaft ge-
werbliche Tätigkeit aufweisen, aber nicht groß und
leistungsfähig sind für die Errichtung eigener Fachschulen,
wird die Fortbildungsschule mehr und mehr die Aufgabe zu
ergreifen haben, jungen Leuten, die über das Lehrziel
der Fortbildungsschule hinausstreben, durch Eröffnung von
Fachkursen Gelegenheit zur Weiterbildung zu bieten. Ihren
vollen Nutzen wird die Wirksamkeit der Fortbildungsschule
aber erst entfalten, wenn durch Errichtung von Pflicht-
fortbildungsschulen in den darin noch rückständigen Ge-
meinden das Netz dieser Schuleinrichtungen enger geknüpft
sein wird.

Nach all diesen Richtungen hin muß auf die in Betracht
kommenden Kreise eingewirkt werden, damit sie sich der
Worte bewußt werden, die der zweite Bericht des Landes-
gewerbeamtes in seiner Einleitung hervorhebt: daß
nämlich „die wirtschaftlichen Fragen vor allem auch Bil-
dungsfragen sind, und daß einzelne Personen wie ganze
Berufe und Klassen im wirtschaftlichen Leben um so besser
sich behaupten und vorwärts kommen, je tüchtiger ihre
technische und kaufmännische Bildung ist, mit der sie in
den Wettbewerb eintreten.“ Der Tätigkeitsbericht des
Landesgewerbeamtes ist aber ein Zeichen dafür, welche
großen Nutzen für das Handwerk daselbe zu stiften in
der Lage ist.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Verstärkte Börsenhoffnung. — Amerika und sein
Einfluß auf dem Wirtschaftsmarkt.

„Glücklos hat der Abend — Sich auf mich gesenkt!“
Es ist der wehmütige Nachtgesang, den die Börse beim
Heimgang des letzten Mittagessens anstimmte, und der Re-
strain klingt in eine dumpfe Klage aus. Unsere Börse
hat aber auch wirklich Pech! Da war seit Wochen von
einer Ermäßigung des Reichsbankdiskonts die Rede ge-
wesen. Die Börsianer waren in der ihnen eigenen Zähig-
keit bemüht, mit haarstarrer Logik den Nachweis zu
führen, daß die Ermäßigung kommen müsse. Nicht nur
ergebe das tatsächlich bestehende Bedürfnis ihre Notwen-
digkeit, sondern die Verhältnisse bei der Deutschen Reichs-
bank seien derart, daß in ihnen alle Vorbedingungen
für eine Maßnahme in dem bejagten Sinne gegeben seien.
Und in der Tat hat bei der Reichsbank zweifellos die feste
Absicht bestanden, den Diskont herabzusetzen. So ist es
denn erklärlich, daß die Pflanze der Hoffnung feste Wurzeln
schlagen konnte; der Boden war günstig und jeder Tag
mußte die Blüte zur Entfaltung bringen. Aber ach! Der
Mensch denkt und — die Reichsbank lenkt, wenigstens den
Wagen der Diskontpolitik. Und sie lenkte diesmal den
Wagen an einer Ermäßigung vorbei, weil sich eben in
letzter Stunde noch unüberwindliche Hindernisse zeigten.
Ein gut Teil Hoffnungen ist damit ins Wasser gefallen und
es ist schon befreitlich, daß die Börsenberichte durchweg
eine äußerst verärgerte Stimmung zeigen. Wir glauben,
uns einstweilen mit dem Gedanken an das Sprichwort
trösten zu sollen, daß aufgehoben nicht aufgehoben sei.
Deshalb können wir uns nicht dem Chorus jener Fessi-

misten anschließen, die da meinen, man werde schließ-
lich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß unter
Umständen das laufende Jahr eine Ermäßigung überhaupt
nicht mehr bringen werde. Warum gleich an das Äußerste
denken? Daß unsere Ansicht die richtige war, beweist eine
Noten, am 4. Juni, eingegangene Drahtmeldung, die von
der Ermäßigung des Zinsfußes um 1/2 pCt. berichtet.

Doch fragen wir uns, welcher Natur die Hindernisse
gewesen, die sich da unerwartet in den Weg gestellt haben.
Um die Mitte des Mai konnte, soweit sich nach den vor-
liegenden Mitteilungen ein Urteil bilden ließ, ein Reichs-
bankausweis erwartet werden, der jeden Zweifel an die
Möglichkeit einer Zinsfußermäßigung ausschloß. Und
wirklich rechnete denn auch fast die gesamte Presse mit
ihr als mit einer „bombensicher“ feststehenden Tatsache —
abgesehen von einigen wenigen Berichterstattern, die aus
Prinzip das Fell des Bären nicht verteilen wollen, ehe sie es
haben. So sicher war man, daß die Rede davon ging, die
Bank von England warte ihrerseits mit der Zinsfußermäßi-
gung lediglich auf eine vorhergehende entsprechende Maß-
nahme unserer Reichsbank. Es kam hinzu, daß auch Deutsch-
land, wenn auch in geringerem Maße nur, durch Ver-
mittlung der deutschen Banken von dem Segen der wieder-
auftretenden Goldimporte etwas mitbeglückt wurde. In-
zwischen riskierte sich auch schon der Privatdiskont an
den deutschen Börsen unter 4 pCt. hinunter, ein Satz,
den man lange — lange Zeit nicht mehr gekannt hatte, so
daß sein Erscheinen ordentlich das Gefühl einer Er-
leichterung aufkommen ließ. Alles das — und noch einiges
andere — zusammengenommen, bildete, wie ein Bericht
sagt, ein günstiges Zeichen dafür, „daß es nunmehr auch
Deutschland gelungen ist — selbstverständlich unter be-
sonderer Einwirkung der erwähnten Goldimporte — sich
endlich von den lästigen Fesseln der fast sprichwörtlich ge-
wordenen deutschen Geldknappheit freizumachen. Es wird
eine Frage von Tagen sein, daß sowohl in England wie
auch seitens der Reichsbank eine weitere Voderung der
Diskontscharpe um 1 pCt. bzw. 1/2 pCt. vorgenommen
wird.“ So schien denn der Bär gesteckt und die „Gag“
konnte losgehen. Aber — jene, die vor dem Fesseln
gewarnt hatten, behielten recht. Der ausschlaggebende
Reichsbankausweis kam und hatte auch nicht das geringste
von dem an sich, was ihm die frohe Hoffnungsphantasie
angedichtet hatte. Er wies recht bedenkliche Ziffern auf
und als von allen Seiten die Interessenten kamen, um
sich das Kind anzusehen, schlichen sie alsbald betrübt wieder
von dannen. Zur Verheißung einer Diskontermäßigung
waren diese Ziffern nicht geeignet. Und so bleiben wir
denn, wie die „Frankf. Ztg.“ klagt, auch ferner im schärfsten
Gegensatz zu allen übrigen Ländern Europas, die auf einen
andauernd flüssigen Geldstand und auf niedrige Zinsätze
zu blicken vermögen. Es zeigt sich immer mehr, daß
die Kreditinanspruchnahme bei uns absolut ungesund war
und eine Besserung sich offenbar nur langsam vollziehen
kann. Der Kontrast wirkt ganz besonders den Verhältnissen
in England gegenüber äußerst scharf. Bekanntlich hatte
dieses Land zeitweilig etwa dieselbe Diskonthöhe erlernt,
wie wir. Mittlerweile ist es aber auf 2 1/2 pCt. zurück-
gegangen, so daß wir zurzeit einen Diskont haben, der
(mit 4 1/2 pCt.) um 80 pCt. höher ist, als der der Bank
von England.

Wenn sich übrigens, wie bereits erwähnt, der offene
Geldmarkt jüngst zeitweilig — auch heute versucht er es
noch — in vergnügterer Laune präsentierte, so war's ober-
flächlich doch eben nur eine Laune, die auf jeden Wetterum-
schlag reagiert. Und gewissermaßen als so eine Art Wetter-
gott ist immer noch Amerika anzusehen. Die sämtlichen
europäischen Wertpapiermärkte und nicht zuletzt die deut-
schen, weisen eine „beschwämde Abhängigkeit“, wie die
„Köln. Volksztg.“ es nennt, von der New Yorker Börse auf.
Die etwas befriedigendere Gestaltung des Geldmarktes
konnte in der Hauptfrage deswegen nicht recht zur Geltung
kommen, weil eben die New Yorker Börse immer und immer
wieder der Schwäche verfiel, so besonders auch am 24. Mai,
wo sie sich durch die Nachricht ins Bodenhorn jagen ließ,
die Bundesregierung gehe in feindseliger Weise gegen die
New Yorker Newhaven und Hartford-Eisenbahn, sowie gegen
die American Tobacco Company vor, während man sich
in den letzten Monaten der angenehmen Erwartung hin-
gegeben hatte, Präsident Roosevelt habe den Feldzug gegen
die Eisenbahn- und Trustgesellschaften nunmehr aufgegeben.
Man tröstete sich schließlich zwar wieder etwas, als ver-
lautete, das Vorgehen gegen die genannten beiden Ge-
sellschaften sei durch den Staatsanwalt gegen Roosevelts
Willen erzwungen worden, woraus man den Schluß zog,
es handle sich hier nicht um eine Maßregel von grundsätz-
licher Bedeutung; am 26. aber riß doch aufs neue arge
Flane an der New Yorker Börse ein, welche die Verstärkung
an den deutschen Wertpapiermärkten nur noch verstärkte.
Roosevelts hartnäckigen Feldzug gegen die reichen
Teute haben wir früher bereits mehrfach erwähnt. Wenn

man das gegenwärtige wirtschaftliche Verhältnis Amerikas zu Europa und zu Deutschland insbesondere betrachtet, so sollte nicht außer acht gelassen werden, daß die von Hoover bestellte so herrschaftlich verfolgte reiche Leute einen beträchtlichen Teil der Schuld an der Abnahme der Einkünfte Amerikas in Europa tragen: Ein hauptsächlich der Kunst und dem Kunstgewerbe dienender Bezirk wie München ist auf dem letzten Teil seiner früheren Einnahmen aus dem Geschäft mit Amerika reduziert worden. Anderwärts zeigt sich unmittelbar der unheilvolle Einfluß der amerikanischen Depression auf dem deutschen Markt. So sind beispielsweise aus dem Bezirk des Generalkonsulates Berlin im April 1908 für 2,45 Mill. A weniger Waren nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden, als im April 1907.

So ist das Land seitens des „großen Reiches“ einen Einfluß aus, der sich nach wie vor in recht unliebsamer Weise bemerkbar macht. Als einziges Zeichen einer Besserungsabsicht könnte der eingangs erwähnte, allmähliche Goldimport, der zu einem beträchtlichen Teile aus Amerika herrührt, registriert werden. Derart wird doch wenigstens ein Anfang mit der Abtragung des Restes der amerikanischen finanziellen Verschuldungen gemacht! Und es besteht durchaus keine unbegründete Aussicht auf kräftige Durchführung dieser „Abhilfe“, so lange wenigstens, als die günstigen Gattungsbedingungen aufrechterhalten bleiben können. Letztere lassen eine tatsächliche Reformentwerfer Amerikas erwarten, und damit dürfte sich Gelegenheit ergeben, mit den Mitteln der letzten Krisis gänzlich aufzuräumen. — Wer weiß?

Aus dem Bezirk Köln.

Nachdem die Hauptarbeit der allgemeinen Lohnbewegung vorüber ist, dürfte es sich empfehlen, die Wahrnehmungen, die bei derselben gemacht worden sind, öffentlich zu besprechen. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß, so ernst die Bewegung war, sie die Kollegen in der Gesamtheit doch nicht erfasst hat. Schon bei der Einleitung der Bewegung, als es galt zu dem von dem Verein der Arbeitgeberverbände uns zugestellten Vertragsskizzen Stellung zu nehmen, waren die Versammlungen nur mäßig besucht. Auch als es galt, neue Forderungen zu beschließen, änderte sich das Bild nicht. Überhaupt, die Begeisterung, die bei den früheren Lohnbewegungen die Kollegen weckte, fehlte diesmal. Während der Verhandlungen trat eine gedrückte Stimmung, offensichtlich in die Erscheinung; und selbst bei der Abstimmung über den Schiedspruch waren nicht alle zur Stelle. Die „immer-Johannsen“ waren auch hier nicht aufzutreten.

Geht man nun den Gründen nach, wie es möglich war, warum so mancher Kollege nicht klar den Ernst der Bewegung erfaßte, so wirken wohl eine Reihe von Umständen zusammen. Zunächst muß in Betracht gezogen werden, daß die Lohnbewegung und ein all. mit Ehrgefühl zu erwartender Generalstreik schon zu lange vorher besprochen war, und damit gerechnet wurde. Man sagt vielfach, der Mensch gewöhnt sich an alles, selbst an die größten Gefahren; das trifft auch hier zu. Es hätte ja, als hätten sich die Kollegen schon in „Unvermeidliche“ gefügt. Eine derartige Gewöhnung ist in der Arbeiterbewegung bedauerlicher Art, denn manchmal kann dadurch eintreten, was anders durch eine allgemeine Beteiligung, Ansprache und Überzeugung vermieden werden kann. Die Unternehmer erfahren auch, stets den Versammlungsbesuch. Von der Beteiligung der Arbeiter an den Versammlungen hängt vielfach das Verhalten der Arbeitgeber bezüglich des Entgegenkommens ab. Es ist selbstverständlich, daß ein starker Versammlungsbesuch auf die Unternehmer einen ganz anderen Eindruck hervorruft, wie eine schwache Beteiligung. Möge sich bei jeder Kollege für die Zukunft merken. Ein zweiter Grund des mangelnden Interesses ist auch wohl der, daß die Verhandlungen nicht öffentlich, sondern zu weit ab, in Essen und Berlin, stattfanden. Die Kollegen verließen sich einfach auf die Führer, und glaubten, diese würden schon das Richtige treffen. „Schlagt heraus, was herauszuschlagen ist, aber laßt es dieses Jahr nicht zum Kampfe kommen.“ Das war so der allgemeine Wunsch. Wie leicht kommt es aber anders kommen. Hätten die Unternehmer, resp. die Bundesleitung in bezug auf den Geltungsberreich des Vertrages, des Wortes „Alljährig“, des Agitationsverbotes, des einseitigen Genehmigungsrechtes und der übrigen Bestimmungen, die das bisherige Erzeugnis verschlechterten, nicht nachgegeben, dann wäre es zweifellos zum Kampfe gekommen. Und trotz dieser ersten Einleitung standen auch bei den späteren Verhandlungen die Parteien öfters so, daß wenn die unparteiischen Verhandlungsleiter nicht mit so großen Geschick immer wieder eingegriffen hätten, die Verhandlungen resultatlos verlaufen wären. Als die Unternehmer dann die schließliche Beteiligung der Arbeiter an den Versammlungen erlaubten, wurden die Unternehmervertreter bei den Verhandlungen immer höflicher und immer mehr schwand die Möglichkeit einer Lohnhöhung im zweiten Vertragjahr.

Ein anderer Grund des schlechten Versammlungsbesuches war, daß die Lohnbewegung über jede Verhandlung einen Bericht brachte, und so die Kollegen das Ergebnis schon erfahren hatten, bevor die Versammlungen stattfanden. Genau so ging es bei der Annahme des Schiedspruches. Nachdem die Vertrauensmännerüberzeugung in bezug die Annahme beschlossen hatte, legten viele bei örtlichen beschlußfassenden Versammlungen keine große Bedeutung mehr bei und blieben wiederum fern. Letzteres traf ja auf die Annahme des Schiedspruches auch wohl zu. Jedoch die Kollegen, die den Versammlungen nicht beigewohnt haben, sind über den Gang der Verhandlungen nur mit der allgemeinen Situation nicht unterrichtet. Daher kommt es denn auch, daß unwillig Stimmen laut werden, die mit dem Resultat der Verhandlungen nicht zufrieden sind. Ja, weil sie die allgemeine Sachlage nicht kennen, bilden sie sich ein, es sei für die Zukunft nichts mehr zu erreichen. Daß eine Arbeiterorganisation, die nicht genügend organisiert ist, auch mit dieser Aufgabe rechnen muß, leuchtet ihnen nicht ein. Sie wollen es auch nicht begreifen, daß wenn in diesem Jahr keine starken leistungsfähiger Arbeitgeberorganisationen vorhanden gewesen wären, der Lohn immer ganz bedeutenden Erfolg erfahren hätte. Eine gewaltige Angst haben diese „kleinen Geister“ vor der Erklärung der Arbeitgeberverbände. Sie sehen wirklich Geknechtet zu sein, und werden wiederum flehentlich, Beschuldigungen, welche durch erreicht worden ist, daß die Bauarbeiterorganisationen ungenügend gebildet sind, das werden jene flehentlichen Worte erst bei aufsteigender Konjunktur zu beweisen in der Lage sein, und dann weitere Erfolge erlangen werden.

Bei der Bewegung hat sich auch gezeigt, daß ein großer Teil der Kollegen die Organisation nur als ein Mittel zur Abweh- der Lohnfrage ansehen. Viele schienen auch die früheren Zustände, wo das Arbeitsverhältnis noch nicht durch Tarifverträge geregelt war, vorzuziehen zu haben. Der tiefsten Kern der Tarifverträge jedoch nur überhaupt noch nicht begriffen zu haben. Während bei der jetzigen mangelnden Konjunktur nicht die großen, starken Bauarbeiterorganisationen vorhanden gewesen sein, und während jetzt die Arbeitsverhältnisse nicht durch Tarifverträge geregelt sind, kann wieder wohl manchen Kollegen ein

bes. Lohnsturz die Augen aufgehen. Zumal die meisten Arbeit- geher auf dem Standpunkt stehen, daß sich der Lohn nach An- gebot und Nachfrage regeln müsse. Dann würde ihnen der Wert des Tarifvertrages schon einleuchten. Daß die wirtschaftliche Rechtsungleichheit durch den Kollektivvertrag, in Form der Tarif- gemeinschaft, in so großem Umfang hergestellt ist, darüber denken sie nicht nach. Viele Kollegen legen überhaupt eine Oberflächlichkeit in diesen Dingen an den Tag, daß man staunen muß.

Verhältnismäßig wenige Kollegen sind es, die die Organi- sation von größeren Gesichtspunkten aus betrachten. Die Ideale, die jeden christlichen Gewerkschaftler erfüllen sollen, findet man nicht in der Weise vor, wie man es erwarten dürfte. Der heutige Lohnarbeiterstand ist besessen, sich die Rechtsgleichheit auf wirtschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Gebiete zu erwirken. Wollten wir uns und unsere Nachkommen keine gezeichneten Zeit entgegenführen, dann müssen sich alle Kol- legen in die höheren Aufgaben der Organisation vertiefen und in der Arbeit für seine Ueberzeugung einreten und kämpfen. Kämpfer, die nur um des materiellen Vorteils willen in den Kampf ziehen, liegen schnell am Boden. Der dagegen für Ideale kämpft, der streitet mit Riesenschritten. Und gerade wir christlichen Gewerkschaftler können stolz auf unsere Ideale sein. Gibt es doch einen Kampf zu führen gegen diejenige Richtung, die da glaubt, im Arbeiter nicht das gleichberechtigte menschliche Wesen anzuerkennen, sondern ein „Naturprodukt“, das man ohne Rücksicht ausbeuten darf. Wie sagte doch der Handelskammer- scheidungsamt aus Saarbrücken. Dr. Kalle? „Was heißt Men- schenrechte? — Das eine, die Geschwürs- von Me- schenrechten gehört in die Rumpelkammer.“ Diese Ideen vom „freien Spiel der Kräfte“ sind dem Arbeiter- stande sehr gefährlich. Demgegenüber müssen wir als ganze Stand auftreten und für die christliche Weltanschauung kämpfen. Möge daher jeder christliche Geist unter den Kollegen verschwinden. Man vertiefe sich in Ursachen, Ziele und Aufgaben unserer christlichen Organisation, bemühe sich aber auch die wirtschaft- lichen Zusammenhänge kennen zu lernen. Es ist dann ein leichtes, den Nebenkollegen ebenfalls zu überzeugen und für die Organi- sation zu gewinnen. Dann wird man auch nicht ob der Er- klärung der Arbeitgeberverbände verzagen, „denn erkennen, daß dadurch erst recht der Arbeiterstand in der Lage ist, sich eine freie und sichere Existenz zu sichern. Wenn die Kollegen in diesem Sinne in der zweijährigen Ruhepause für ihre Organi- sation, den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, wirken, dabei sorgen, daß der Verband auch finanziell gefestigt wird, dann werden die Früchte nicht aus- bleiben. Das Jahr 1910 wird es befruchtigen.

Rundschau.

„Matte Bauqualität“. Unter diesem Stichwort schreibt die „Arbeitsmarkt-Correspondenz“:

Die Entwicklung der Bauqualität im laufenden Jahre bleibt auch hinter den bescheidenen Erwartungen zurück, die man noch vor ein paar Monaten auf sie gesetzt hatte. Zwar darf man das sehr ungünstige Bild, das die Groß- und Mittel- städte bieten, nicht verallgemeinern, aber die Lebhaftigkeit des Baugeschäfts auf dem platten Lande wiegt die Verschlechterung in den Städten lange nicht mehr auf. In rein ländlicher Gegenden wird allerdings auch in diesem Jahre wieder strob gebaut, aber kaum stärker als 1907, in den größeren Städten dagegen ist gegenüber dem auch schon nicht günstigen Vorjahr noch eine ziemlich erhebliche Verschlechterung eingetreten, die sich besonders deutlich in der Lage des Arbeitsmarktes äußert. Während in normalen Jahren der Monat April eine Abnahme des Andrangs bringt, weil eben die zunehmende Beschäfti- gungslosigkeit das Arbeiterangebot kräftig vermindert, haben wir in diesem Jahre die Beobachtung zu machen, daß der Andrang im April gestiegen ist. Im Vorjahr ging der Andrang von 139,0 Arbeiterstunden auf je 100 offene Stellen im März auf 110,3 im April zurück, dieses Jahr stieg er von 166,0 auf 159,3. Auch die Arbeitslosenverhältnisse der Zim- merer ergeben mindestens so viel, daß im April 1908 die Ar- beitslosigkeit höher war als in den Vorjahren. Sie stellte sich auf 5,31 Prozent gegen 2,05 Prozent im Jahre 1907 und 2,96 im Jahre 1906. Auch im März hat sich der Beschäftigungs- grad wenig gehoben: weder die Beilegung der Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, noch die Erleichterung des Geldmarktes haben der Bauqualität einen kräftigen An- stoß gegeben. Es wird vielmehr noch immer als Hauptgrund der Stagnation die Schwierigkeit der Geldbeschaffung bezüg- lich, die alle Unternehmungen lähme. Die spekulative Bau- tätigkeit ist daher am schwächsten, aber auch die übrige private Bauqualität läßt viel zu wünschen übrig, spielt außerdem auch für die Großstädte nur eine untergeordnete Rolle. Sehr gering sind die Bauarbeiten für gewerbliche Zwecke: weder Neubauten noch Verbesserungen, Umbauten und Reparaturen spielen in der laufenden Saison eine irgend nennenswerte Rolle. Besser ist die sogenannte öffentliche Bauqualität. Vor- allem dürfte die Zahl der staatlichen Bauten kaum geringer, allerdings auch nicht größer als im Vorjahre sein. Auch die Kommunen haben teilweise zahlreiche Bauten in Ausführung gegeben. Hier zeigt sich aber schon eine sehr große Verschie- denheit in den Aufträgen: vielfach sind sie geringer als 1907. Besonders man die Entwicklung der Bauqualität in den einzelnen Landesteilen, so zeigt sich als übereinstimmender Zug eine Verschlechterung in den Städten und gleichzeitig ein meist flottes, aber nicht lebhafter Geschäftsgang auf dem Lande. In Ost- und Westpreußen überwiegt das platte Land, aber nur in Westpreußen macht sich dies auf dem Arbeitsmarkt für Bauarbeiter in einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Andrang bemerkbar. In den Städten beider Provinzen ist die Bauqualität matter als 1907. Nur in Elbst und Umgebung ist hinsichtlich Arbeitslosigkeit vorhanden. In Brandenburg ist die Bauqualität in den Städten schwächer als 1907. Remerenswerterweise macht gerade Berlin insofern eine Aus- nahme, als hier der Andrang am Arbeitsmarkt nicht uner- heblich gegenüber dem Vorjahr nachgelassen hat und sogar noch niedriger ist als im Jahre 1906. Doch soll daraus nicht ohne weiteres der Schluß einer Belebung des Baugeschäfts ge- zogen werden. Die Veranlassung des Andrangs kann auch auf eine Abwanderung baugewerblicher Arbeiter zurückzufüh- ren sein. Geheert hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr in Schlesien, obwohl auch hier die Städte recht ungünstig be- zogen. Nur Glogau macht eine bemerkenswerte Ausnahme. Da so lebhafter ist allerdings das Baugeschäft auf dem Lande. Kommerz, Schließung, Pflaster und die Erträge können mit dem Beschäftigungsgrad im allgemeinen zureichen sein; er ist zum Teil sogar lebhafter als 1907, sonst ist aber der Andrang gegen 1907 nicht so groß wie in anderen Gegenden. In Saxe- n und Westfalen wird etwas mehr gebaut als im Vorjahr. In der Provinz Hannover und Ostpreußen kommt die Verschlechterung in den Aufträgen am Arbeitsmarkt deut- lich zum Ausdruck, während in Braunschweig kaum eine Ver- änderung gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist. In Rhein- land-Schlesien macht sich vor allem die geringe gewerbliche Unternehmungslust in der Abnahme der Fabrikbauten geltend. Eigen im Vorjahr war die Bauqualität unzufrieden, im laufenden Jahre hat sie weiter weiter nachgelassen. In Saxe- n, Ostpreußen und in Großpreußen sehen wir das Nach-

angebot von Arbeitskräften besonders auffallend. Die deutschen Gebiete weisen zwar eine geringere Mattigkeit als die meisten norddeutschen Landesteile, aber gegenüber dem Vorjahr ist zweifellos in Bayern, Württemberg und Baden die Bauqualität schwächer. Das Königreich Sachsen mehr das Geringe der süddeutschen Gebiete auf, wo wenigstens von März bis April dieses Jahres keine Abnahme des Andrangs am Arbeitsmarkt eingetreten ist, während in Ost- und Westpreußen diese unerfreuliche Verschlechterung auf eine sehr verminderte Bauqualität schließen läßt.

Das Bild dürfte im allgemeinen zutreffend sein. Zwischen ist der Rückgang der Bauqualität auf 4 1/2, und die Beschäftigungsrate auf 5 1/2 Prozent herabgesetzt wurden. Das bedeutet eine weitere Erleichterung des Geldmarktes, ab dadurch ein schneller Umschwung auf dem Baunarkt herbeigeführt wird, ist immer noch zweifelhaft.

Kampf der Unternehmer gegen die Beamten- und Angestelltenverbände. Solange die Angestellten der industriellen Werke selbst unorganisiert waren, oder ihre Vereine nur technischen Verbesserung oder geistlichen Beistand dienten, solange waren sie der „treuen“ Mitarbeiter, der „Vertrauensmann“ des Unternehmers. Ihre Bewertung war um so höher, je mehr sie sich in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen hervortaten. Nachdem sie sich aber nunmehr ebenfalls zum Zwecke der eigenen Interessenvertretung, un- abhängig und das in schärferer Weise, wie dieser Tage mit die technisch-industriellen Beamten in einer Versammlung in Mannheim, betonen, hat auch sie die Unnade der „Gerech- tetbetroffen“, wie folgendes Rundschreiben beweist:

„Streng vertraulich!“ Münchberg, 2. Juni 1908.

An die Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustriellen.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 08 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes Technischer Industrieller Beamten Stellung in dem Werk genommen, daß nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind bei Neuaufnahmen Gebildungen nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen und haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben. Ferner wird ein Antrag an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsame Maßregeln mit tünlicher Beschlaffung einzutreten und sich jeht seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme wie oben bezeichnet zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch an der Verein deutscher Arbeitgeberverbände einzutreten.
2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen entgegenkommen werden:

- Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Hamburg.
- 1888er Verein für Handlungsökonomie, Hamburg.
- Verein Deutscher Kaufleute, Berlin und
- Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jeht schon ein Ausmerzungen der Mitglieder aus den Beamten der einzelnen Werke angefragt werden.

Die Gründe, welche den Vorstand veranlassen, in dieser Weise gegen die Organisation der Angestellten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem angehenden Schreiben. In den Verhandlungen erlauben wir uns noch anzuschreiben, daß in der Sitzung festgestellt wurde, daß mit diesen Verträgen der Verband in erster Linie seine Stellung zu den Organisations der Angestellten deklarieren wollte, daß aber ein ausgesprochenen Zwang auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse in Sinne des Antrages vorgehen werden.

Das läuft auf eine Vernichtung der Angestelltenverbände mittels der Hungerkämpfe hinaus. Wenn wie es mit der Arbeiterorganisationer versucht wurde. Unseres Geschickes mit der Effekt der gleiche, hier wie dort, seit. Das Bedenkenswert ist, daß das Koalitionsrecht der Beamten in den Augen der Werkseigentümer genau so verfaßt ist, wie das der Arbeiter, sobald sie Mienen machen, wirksame, praktische Reformen in ihren Beruf anzustreben.

Untersuchung über die Gesellenprüfungen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat mit Rücksicht auf die höchste Bedeutung, die die Gesellenprüfung nach dem vom Reichstag verabschiedeten Gesetzentwurf über den sog. kleinen Beschäftigungs- nachweis gewinnen wird, eine Untersuchung über die Hand- habung der Gesellenprüfungen und ihre Ergebnisse angeordnet. Mit der Untersuchung ist der Landesgewerbeamt v. Eschad beauftragt, der zu dem Zweck an mehreren Gesellenprüfungen in den einzelnen Provinzen teilnehmen wird.

So fier die Streikbrecher? In Weiden, einer Stadt mit 12.500 Einwohnern, in der bayrischer Oberpfalz, stehen unter Kameraden, die Zimmerer, fast einigiger Zeit im Streik. Bereits im Jahre 1906 vertrieben sämtliche Bauhandwerker an die Unternehmer, die Forderung ein, den Lohn um 5 Pf. zu erhöhen. Ein Vertrag kam damals nach dreiwöchigem Streik nicht zustande, die Unternehmer gaben aber nach einer münd- lichen Vereinbarung der Antwort dahin, den Lohn aller Bau- arbeiter für 1906 um 5 Pf. und für 1907 um 3 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Diesem Versprechen sind die Unternehmer im Jahre 1907 nicht nachgekommen, nur einige „Mannschäfte“ erhielten die 3 Pf. Zulage. Nun vertritt die Manuar, Zimmer- mester und Bauhilfsarbeiter am 20. April d. J. einen Lohn- streik mit einer Lohnforderung von 4-5 Pf. pro Stunde an die Arbeitgeber. Ein Bauhelfer, der sozialdemokratisch, or- ganisierter Zimmerer (im ganzen 4 Zimmerer und 2 Streikbrecher erklärte sich mit der Forderung solidarisch. Auf diese geforderte Forderung gab der Unternehmer gar keine Antwort. Selbst die Vermittlung des Herrn Bürgermeister wurde von Arbeit- geberseite abgelehnt. Nachdem am 22. Mai die durch Herrn Hofrat Bredel angesezte Verhandlung an dem Richterhause der Arbeitgeber scheiterte, legten sämtliche Zimmerer mit Aus- nahme 4 sozialdemokratisch organisierter die Arbeit nieder. Nur 2 sozialdemokratisch organisierte Zimmerer verließen mit uns die Arbeitsschleife, um aber sofort am nächsten Morgen wieder als „Arbeitswillige“ weiterzuarbeiten. Am 30. Mai er- klärte der sozialdemokratische Gauleiter Fromm aus Münchberg er werde mittags eine Versammlung mit seinen „Gesellen“ ab- halten bezüglich der Arbeitseinstellung. Doch um 1 Uhr ab- gehalten die „Gesellen“ ruhig weiter und erklärten auf Vorhalt der Streikbrecher: „Ja, wir müssen weiterarbeiten, wir werden kommen keine Unterstufung.“ — Wie würde im ungelernten Falle die sozialdemokratische Tages- und Gewerkschaftspresse schreiben? Christliche Lumpen, Streikbrecher Arbeitervertreter usw. Ja, Bauer, das ist was anderes! — Zudem hat der sozialdemokratische Zimmererverband seine eigene Moral. Für ihn gelten nur Streiks, die von einem „modernen“ d. h. sozialdemokratischen Organisation geführt werden,

„Ein Kolonialwarenhändler.“ Es gibt wirklich sonderbare Leute. Veröffentlichte da ein Kolonialwarenhändler in der Kreuzzeitung eine Zuschrift, in der er sich gegen die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts wendet und für die Wahl konservativer Kandidaten eintritt. Das ist gewiß sein gutes Recht. Dann kommt er aber an die „Sozialpolitik“, zu der er meint:

„Denn was man heute durchweg „Sozialpolitik“ nennt, ist meistens nur ein gewalttätiges Nehmen von dem einen Stand, um einem anderen Vorteile zu bieten, um diesen zu befähigen. Solange es sich um Opfer handelt, die die Not und bringenden Bedürfnisse armer Klassen bessern sollten, war es nicht nur Anstands, sondern auch Christenpflicht, sie zu bringen. Wenn es aber so weiter geht, daß gar nicht mehr danach gefragt wird, ob im Stand die Lasten tragen kann, die er einem anderen zuzuleben übernehmen soll, dann kann man wahrhaftig eher von sozialistischer Revolution, als von Sozialpolitik reden. Sehe man sich das Krankenversicherungswesen, ja die meisten Gesetze dieser Art an. Was ist nicht alles Krankheit heute? Wer im täglichen Leben steht, kann sich ein Urteil bilden, wieviel Tausende ab aber Tausende dabei für Faulfräule und aufgebracht werden müssen. Ein Krebschaden für das Volk sind die Berufsparlamentarier. Sie weiter nichts sind als Parlamentarier. Denen ist nur eins, das ist ihr Mandat. Man muß sich als einfacher Mann darum um so mehr wundern, daß es unter den gebildetsten Leuten genug gibt, die dreiste und unerzogene junge Leute politisch behandeln, als wenn es ausgereifte Männer wären. Weniger die Persönlichkeit kommt in Betracht, als die Wahlstimme bzw. die Masse der Wahlstimmen. Die Zahl ist alles, der Charakter nichts. Daher kommt die übertriebene Sozialpolitik, darum hat man die sich mehrenden Klagen über Unzufriedenheit und Unordnung. Es gibt nach meinem einfachen Verstande nur einen Weg, der heißt: Erhaltung der vielen selbständigen Existenzen, Förderung dieser unter allen Umständen. Dann versinkt nicht alles, was dem Großkapital nicht anhaftend kann, in das Meer der nur fordbemden Massen, denen gerade die faulverhaltenden Eigenschaften Nebenachsen sind. Man steht es ja an dem großen Heer der Landwirte. Wo der eigene Herd noch gepflegt und erhalten wird, ist Ordnung und wahre Freiheit, keine Sklaverei und Unzufriedenheit.“

Wenn das auch zur Wahrheit geschrieben würde, so ist es doch charakteristisch. So spiegelt sich in manchen Köpfen die Zeit. Wenn doch die „Masse“ nicht dem Großkapital höhere Löhne usw. abringen, die Kolonialwarenhändler dann doch erst recht nicht. Wohl aber profitieren sie mit davon. Und jammern denn nicht gerade jetzt die letzteren so sehr darüber, daß die Arbeiter weniger verdienen und an Arbeitslosigkeit leiden? Das sind die Ansichten des reaktionären Spießbürgertums der 50er und 60er Jahre über „Sozialpolitik“ und „Fortschritt“. Selbst die faul, etwas für sich zu tun, warten sie gerade auf das, was sie anderen vorwerfen. Und während sie schimpfen, ist ihnen der andere schon wieder um ein gutes Ende voraus.

unseres Verbandes stehen, die jetzt schon Arbeiten im Nord zu kaum glaublichen Preisen übernehmen. Tagtäglich kommen eine Anzahl arbeitssuchender Kollegen in das hiesige Gebiet, sich zum Teil zu Schundpreisen anbietend. Diese und andere Gründe führten zu einer lebhaften Aussprache. Insbesondere wurde erwogen, ob der Abschluß eines Vertrages uns unter den gegenwärtigen Umständen weitere Vorteile bringen würde. Mit Rücksicht auf die im Baugewerbe und für die Strukturateure im engeren Industriegebiet gepflogenen Verhandlungen waren die Kollegen der Ansicht, daß es aus tatsächlichen Gründen richtiger sei, den alten Vertrag um ein Jahr zu verlängern, zumal die Aussichten auf eine bessere Konjunktur im nächsten Jahre wesentlich günstiger seien. Hierdurch würde es aber möglich, nachdrücklicher auf die Festhaltung des Vertrages einzuwirken zu können, und könnten alsdann den Kollegen mehr Vorteile geboten werden. Einstimmig wurde der Beschluß auf Verlängerung des bestehenden Vertrages gefaßt. Kollegen! Unsere Sache muß es jetzt sein, unsere Zahlstelle noch strenger auszubauen. Besuchen wir besser die Versammlungen. Sollen wir uns für das nächste Jahr. An den ersten Vertrag sind wir billiger gekommen. In Zukunft wird es schwieriger sein. Mander Arbeitgeber sieht ja jetzt schon im Tarif ein Hindernis. Darum fort mit dem alten Schlenbrian und aufgewacht und gearbeitet für unsere gute Sache.

Bezirk Münster.

Emdetten. Es hat lange gedauert, bis die hiesigen Unternehmer zu Verhandlungen bereit waren. Die große Einnigkeit derselben hatte es unmöglich gemacht, alle Unternehmer zu Verhandlungen zusammenzubringen. Endlich kam die Rettung. — Der Berliner Schiedsgerichtspruch. Schnell traten sie dem Arbeitgeberbunde bei und glaubten so einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus dem Wege gehen zu können. In der am Montag, den 25. Mai, stattgefundenen Verhandlung, gab sich Herr Schmiedehaus als Vertreter des Bundes die größte Mühe, den Wunsch der Arbeitgeber zu erfüllen, es gelang jedoch nicht. Die Unternehmer mußten sich zu einer Erhöhung des Lohnes für Maurer von 44 auf 46, für Zimmerer von 42 auf 44 und ab 1. April 1909 auf 45, für Bauhilfsarbeiter von 34 auf 36 Pf. pro Stunde, sowie einer Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herbeilassen. Die übrigen Punkte wurden nach dem neuen Essener Vertrag angenommen; dieser bedeutet ebenfalls eine Verbesserung. In einer Mitgliederversammlung, welche am selben Abend stattfand, wurde das Angebot angenommen. Hier hat es sich wieder gezeigt, was durch eine starke Organisation zu erreichen ist, welche in Emdetten vorrätig ist und auch für immer bleiben wird. Dafür werden wir schon sorgen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Schneidemühl. In unserer gut besuchten Monatsversammlung referierte der Bezirksleiter Kollege Franz (Pofen) über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und die diesjährigen Tarifverhandlungen. Er geisterte ferner das Verhalten der hiesigen paar roten Nabaubrüder und unterzog die Neutralität des sozialdemokratischen Zimmererverbandes einer scharfen Kritik. Er forderte die Kollegen auf zur unermüdeten Agitation für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ die örtlichen Verhältnisse besprochen waren, wurde zu der am 14. Juni stattfindenden Konferenz zur Agitation für ein Kreisgewerbegericht, welche in Schönlanke tagen soll, der Vorsitzende, Kollege F. Wojnecki, einstimmig als Delegierter der Zahlstelle der Zimmerer von Schneidemühl gewählt. Nach einem warmen Appell an die Kollegen, in eine intensive Agitation unter den anderen Berufen, wie Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischler einzutreten, fand um 4 1/2 Uhr die imposante Versammlung ihr Ende.

Maurer.

Wentzen, den 28. Mai 1908. Am Himmelfahrtstage hielt unsere Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab, die besser hätte besucht sein können. Unser Bezirksleiter Kollege Ehrhardt sprach über die neuzeitige Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe. Kollege Ehrhardt wies auf die Erregung der letzten Zeit hin, die im deutschen Baugewerbe durch die Maßnahmen des Arbeitgeberbundes hervorgerufen wurde. Er schilderte die Arbeiterbewegung des 14. und 15. Jahrhunderts, ihre Kämpfe und Erfolge, und stellte ihr die heutige Arbeiterbewegung mit ihren Kämpfen gegenüber. Aber auch in der heutigen sozial bewegten Zeit können es manche Herren nicht lassen, warum sich die Arbeiterbewegung wirtschaftlich organisiert. Der Arbeiter, hauptsächlich der oberste, hat, in ihren Augen keine Rechte, er soll bitten. Kollege Ehrhardt betonte, daß durch die Bescheidung der Rechte der Arbeiter, und durch Erziehung zum Bitten keine Charaktere und Männer erzogen werden, sondern Menschen ohne Rückgrat, die manchmal dem Arbeitgeber mehr Kopfschmerzen bereiten, als Arbeiter, die wohl wissen, was sie verlangen dürfen. Die Löhne der oberstehtlichen Arbeiter müssen aufgebessert werden, ohne das kann derselbe sich nicht schulen, auch nicht betätigen in den sozialen und politischen Körperschaften. Kollege Ehrhardt stellte demgegenüber die Erfolge der christlich organisierten Arbeiterschaft im Westen und Norden Deutschlands. Mit Menschen, die in den Dörfern ihre Zeit todschlagen, oder mit Arbeitern, die der Organisation fernstehen, kann man keine Erfolge erzielen, sondern nur mit Männern, die Kopf und Herz am richtigen Fleck haben. An 2 1/2 Millionen deutscher Arbeiter sind heute gewerkschaftlich organisiert und haben teilweise über ganz Deutschland oder größere Bezirke Tarife mit den Arbeitgebern oder deren Organisationen abgeschlossen, die den Arbeitern große Erfolge gebracht haben. Und auch die einsichtsvollen Arbeitgeber geben heute zu, daß es doch besser ist, mit den Arbeitern Tarife abzuschließen und in Frieden zu leben, als sich immer gegenseitig zu bekämpfen. Auch in den Parlamenten beschäftigt man sich mit den Arbeiterorganisationen, was man früher nicht konnte. Wir müssen auf die Gesetzgebung einwirken, daß sie uns das sichert, was wir uns mühevoll erkämpft haben. Wir wollen Recht und nicht Gewalt anwenden, um der Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wie in manchen Gegenden unseres Vaterlandes, sollen auch wir oberstehtliche Bauarbeiter die Pionierarbeit für die christlichen Gewerkschaften leisten und mit Stolz muß die Nachwelt sagen können, es sind doch Männer gewesen, die den Weg gebahnt haben. Kollege Ehrhardt schloß mit den Worten des Dichters: „Nur der verdient die Freiheit, der sie jeden Tag neu erkämpfen muß.“ In der darauf folgenden Diskussion sprach Kollege Wisula und Kollege Wittich vom christlichen Metallarbeiterverband. Kollege Seidel sprach über verschiedene Mißstände und ermahnte die Kollegen, mit voller Manneskraft in die Agitation einzutreten; der Erfolg wird unser sein. Die nächste Versammlung wird noch lange in der Erinnerung eines jeden Kollegen bleiben und ihre Wirkung ausüben. Mit einem donnernden Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands schloß der Vorsitzende die Lobne Versammlung. Die nächste findet am 16. Juni statt.

Elter. In einer am 24. Mai stattgefundenen, öffentlichen Versammlung referierte Kollege Pfeiffer-Overhausen über die einzelnen Punkte des Berliner Schiedsgerichts und was für den hiesigen Ort maßgebend sei. Er unterzog alsdann das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes einer scharfen Kritik. Das Ziel, die Arbeiter zum Kampfe zu treiben, ist ihm nicht gelungen. Das ist für die Arbeiter von größter Bedeutung, denn ihre Aktionskraft ist dadurch in einer Zeit, die doch nichts Gutes erhoffen ließ, geschockt geblieben. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, in der besseren Konjunktur auch wieder Vorteile zu erringen. Wenn nicht alle Kollegen befriedigt werden konnten, so ist das an sich ja zu verstehen, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ohne Organisation die heutigen Löhne überhaupt nicht hätten gehalten werden können. Es sei nun notwendig, die Organisation auszubauen und finanziell so zu stärken, daß wir allen kommenden Stürmen gewachsen sind.

Ginseldorf, den 24. Mai. In unserer heutigen Versammlung, die nicht zum besten besucht war, referierte Kollege Gumbach-Kassell über die Vorteile der Organisation. Er ermahnte die Kollegen zu treuer und eifriger Tätigkeit an dem Ausbau des Verbandes. Es wurde alsdann die Einführung eines Sozialzuschlages von 5 Pf. beschlossen. Da außerdem eine statutarische Beitragserhöhung von 5 Pf. vorgenommen werden mußte, so beträgt der Beitrag jetzt 10 Pf. mehr. Zwei Kollegen ließen sich neu aufnehmen.

Gerne, 31. Mai. Am vergangenen Mittwoch hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche von ungefähr 230 Personen besucht war. Da unsere Gegner in letzter Zeit wieder stark mit der Phrase zu Felde zogen: „Wäre alles im Verband, es wäre mehr erreicht worden, oder, die Sozialdemokratie vertritt nur allein die Interessen der Arbeiter“, hielt der erste Vorsitzende einen Vortrag über das Thema: „Ist die Sozialdemokratie wirklich die Arbeiterpartei, für welche sie sich ausgibt?“ In klaren Worten und an der Hand von Beispielen wies Redner nach, wie schädigend oft die Sozialdemokratie für die deutsche Arbeiterschaft schon gewesen und daß demgegenüber die christliche Gewerkschaftsbewegung bedeutend mehr im Interesse des Arbeiters geschaffene habe. Mit dem Appell an die Mitglieder, fleißig zu agitieren, ihre Pflicht dem Verband gegenüber zu erfüllen, schloß der Redner seine Ausführungen. Aus der Ergänzungswahl des Vorstandes gingen mit Stimmenmehrheit hervor die Kollegen Wilhelm Göppner als zweiter Vorsitzender und Christoph Schroder als erster Schriftführer. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Um den Kollegen mehr wie bisher bei dem Arbeitstagen beihilflich zu sein, wurde von der Versammlung beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu errichten und wurde mit der Führung desselben der Kollege Claus beauftragt. Sollten in der Umgegend von Gerne noch Arbeitsstellen frei sein, bittet der Vorstand um diesbezügliche Nachricht, da viele unserer Kollegen arbeitslos umherziehen. Besonders hier am Orte.

Perzberg. Am Sonntag, den 31. Mai, fand hier eine Versammlung, einberufen von der Zahlstelle Kreuzendorf, statt. Als Referent war Kollege Krause aus Breslau erschienen. In längeren Ausführungen schilderte er die Entstehung der christlichen Gewerkschaften, alsdann die Lage im Baugewerbe übergehend. Aus der allgemeinen Diskussion und deren Zustimmung war zu entnehmen, daß der Referent das richtige getroffen hatte. Möge diese Agitationsversammlung zur Stärkung unserer Zahlstelle beitragen, damit auch hier durch die Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Geradezu haarsträubend sind die hiesigen Verhältnisse; ein Stundenlohn von 28 Pf. und stündendes Stroh als Nachtlager. Dabei haben die Unternehmer beschlossen, den Lohn auf keinen Fall zu erhöhen und organisierte Arbeiter zwei Jahre nicht zu beschäftigen. Hier heißt es, Remedur schaffen. Suchen wir auch, den letzten Indifferenten in unsere Reihen aufzunehmen, dann können wir mit den Unternehmern gehörig abrechnen. Wir dürfen in dieser Hinsicht nicht erlahmen, sondern immer vorwärtsstreben, denn dem Rutigen gehört die Welt.

Rheine. Unsere letzte Mitgliederversammlung war gut besucht. Kollege Zumbrodt (Münster) referierte über das Ergebnis der Verhandlungen, welches einstimmige Annahme fand. Es wurden ferner die Erfolge der Kollegen in Rheine gestreift; der Stundenlohn betrug vor zwei Jahren noch 37—40 Pf. für Maurer, 38 Pf. für Zimmerer und 27—30 Pf. für Bauhilfsarbeiter. Dank der Tätigkeit der Organisation stieg der Lohn im Jahre 1907 auf 47 resp. 37 Pf., die Klassenlöhne wurden besichtigt. Kollege Zumbrodt ersuchte die Kollegen, in ihrer Agitationsstätigkeit nicht zu erlahmen und den Ausbau des Verbandes eifrig zu verfolgen. Opferwilligkeit und Schulung sind die Hauptaufgaben. Wegen Untreue wurde alsdann ein Vertrauensmann ausgesprochen und soll derselbe dem Gericht übergeben werden. Zur Agitation wurde beschlossen, noch einige Verbandsplakate zum Aufhängen in den Wirtschaften zu bestellen. Es wurde ferner Klage geführt über die Mißstände in den Krankenkassen. Besonders bedauert wurde, daß auf dem Neubau des hiesigen Gymnasiums meistens Italiener beschäftigt werden. Hiesige und auswärtige deutsche Arbeiter erlitten der schlechten Konjunktur wegen die Kündigung, die Ausländer dagegen bleiben in Arbeit. Zum Heberfuß sind letztere längst nicht so leistungsfähig wie die deutschen Arbeiter. Das Gymnasium wird doch von den Steuergrößen der Rheiner Bürger bezahlt und wir glauben, daß diese noch lange nicht mit der Zurückziehung der einheimischen Arbeiter einverstanden sind.

Remscheid. Auf Wunsch der angeschlossenen Zahlstellen halten wir unsere Auswahlsitzungen abwechselnd in den einzelnen Zahlstellen ab. Am Sonntag, den 23. Mai, fand dieselbe in Wipperfurth statt. Wipperfurth ist die jüngste Zahlstelle unserer Verwaltungsstelle. Außerdem gehören zur Verwaltungsstelle die Zahlstellen Remscheid-Maurer und Bauhilfsarbeiter, Remscheid-Strukturateure, Kennep M. u. S., Wade v. Wald M. u. S. Der Vorsitzende Kollege Krämer-Remscheid eröffnete um 3 1/2 Uhr die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Kasfenbericht, 2. Bericht der Zahlstellen, 3. Bericht über unsere diesjährige Lohnbewegung, 4. Verschiedenes. Kollege Krämer gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß alle Zahlstellen mit Ausnahme Remscheid-Strukturateure vertreten waren. Den Kasfenbericht gab Kollege Werthenthal. Derselbe bot ein sehr erfreuliches Bild. Eine freie Steigerung der Mitgliederzahl macht sich bemerkbar, ein Zeichen, daß auch in diesem Frühjahr die Agitation unter den Kollegen nicht vergessen worden ist. Hoffentlich können wir auch in der nächsten Sitzung von einer Steigerung der Mitgliederzahl berichten, wenn auch die Agitation in diesem Jahre nicht gerade leicht ist. Auf die richtige Art und Weise die Agitation betreiben, wie es in Remscheid geschieht, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Kollege Lange aus Aßen, der auch erschienen war, gab dann einen Gesamtüberblick über unsere diesjährige Lohnbewegung. Kollege Lange führte den Kollegen den Ernst der Situation vor Augen, wie alle Mittel versucht worden seien, um in diesem Jahre die Bauarbeiter auf Jahre zurückzuschlagen, und betonte ganz besonders, daß wir alle Veranlassung hätten, uns in der Zukunft gegen alle Angriffe zu rüsten. Es muß Sorge dafür getragen werden, daß der letzte Bauarbeiter dem Verbanne beitrifft; die Beiträge müssen pünktlich kastet werden, damit auch die Verbandskasse in der gleichen Weise gestärkt wird. Die Kollegen waren mit dem tatsächlichen Vorgehen der Verbandsleitung voll befriedigt und schenkten auch in Zukunft der Verbandsleitung das volle Vertrauen. Ein aber wollen auch fernherhin unsere ganze Kraft in den Dienst unseres Verbandes stellen, damit erreicht wird, was wir als Ziel erstreben: Gleichberechtigung und Mitbestimmung bei der Festlegung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Punkt Verschiedenes sollte an Stelle des Kollegen Krämer ein erster Vorsitzender gewählt werden, da der Kollege Krämer uns in kurzer Zeit verlassen will. Dieses wurde bis

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugzug fernhalten: Weissenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Kaiserlosantenn (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinaud und Westfalen (Miesenleger). Gesperrt ist das Baugeschäft Herrmann in Bischofsheim, Ditr., Saalgau, Württemberg. Godesberg a. Rh., Herr über die Firma Westen.

Wann treten die neuen Lohnsätze in Kraft?

Bei den allgemeinen Verhandlungen in Berlin ist aus dem nicht ausdrücklich bestimmt worden, wann die neuen Lohnsätze in Kraft treten sollen. Wir waren allerdings der Meinung, daß nach der beiderseitigen Annahme des Allgemeinen und der besonderen Schiedsprüche die neuen Bedingungen alsdann in Kraft treten müßten. Das ist indessen nicht allgemein geschehen und sind daher in einer Reihe von Orten Differenzen und Bestimmungen eingetreten. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat nunmehr folgendes Rundschreiben erlassen:

Berlin, den 5. Juni 1908.

Die Vorstände der Arbeitgeberverbände im Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe.

Bei den gegenwärtigen Abschlüssen der Tarifverträge sind Meinungsverschiedenheiten dadurch entstanden, zu welchem Termine die vereinbarten höheren Lohnsätze in Kraft zu treten haben. Sowohl bei den allgemeinen Einigungsverhandlungen hier in Berlin wie auch bei zahlreichen örtlichen Tarifverhandlungen ist diese Frage nicht geregelt worden. Hierdurch sind nun verschiedentlich Differenzen entstanden, die uns unter Darlegung der Verhältnisse veranlassen, die Mitglieder des Vorstandes um Äußerung zur Sache zu ersuchen.

Als Ergebnis der Umfrage teilen wir den Vorständen der Verbände mit, daß sich die Mitglieder des Bundesvorstandes fast einstimmig dagegen erklärt haben, daß, falls nicht zwischen den vertragschließenden Parteien besondere Vereinbarungen hierüber getroffen sind, die vereinbarten höheren Lohnsätze von dem Termine an in Wirksamkeit treten sollen, zu welchem die örtlichen Organisationen die neuen Tarifverträge unterschrieben haben.

Wir bitten die verehrlichen Vorstände der hierbei in Betracht kommenden Verbände ergebenst, dieser Weisung des Bundesvorstandes gefälligst Folge zu geben.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Bernh. Fusch, Otto Ente.

Wir bitten unsere Mitglieder dieses zu beachten und da, wo die Unterschrift noch nicht vollzogen ist, dies unverzüglich nachzuholen. Weitere Auseinandersetzungen darüber sind wohl nicht notwendig, da die Sache an sich unklar war.

Bezirk Frankfurt a. M.

Güterfeld. Durch Vermittlung des Herrn Landrats und anderer Herren wurde der hiesige Kampf, der sich um die Ausübung des Koalitionsrechts drehte, beigelegt. Nach längeren Verhandlungen erklärten die Berufsvertreter, daß sie die ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen wollen, daß sie nichts dagegen einwenden, wenn die Arbeiter Verbände angehören. Damit wäre der Friede wieder hergestellt. Mögen nun die Kollegen eifrig an dem Ausbau der Organisation wirken, und ihr den letzten Arbeiter zuführen, damit Ereignisse, wie diesmal nicht wieder vorkommen.

Bezirk Hamm.

Hamm. (Strukturateure.) Die hiesige Zahlstelle der Strukturateure hielt am Sonntag, den 30. Mai, eine außerordentliche Versammlung ab, um zu der Kündigung des bisherigen Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Der Vertrag enthält die Bestimmung, daß falls er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird, derselbe auf ein Jahr weiterläuft. Nun haben wir aber eine schlechte Konjunktur am Platze, die auch nach eingezogenen Voraussagen im Laufe des Jahres nicht besser zu werden scheint. Andererseits gibt es eine Anzahl Kollegen, die außerhalb

zur nächsten Sitzung verschoben, da Kollege Krämer versprochen, die Verwaltungsstelle noch zu führen, bis er fort müsse. Kollege Lange sprach daraufhin dem Kollegen Krämer seinen persönlichen, sowie den Dank im Namen des Verbandes für seine treue Mitarbeit zur Förderung unseres Verbandes im beruflichen Gebiete aus. Kollege Krämer dankte dann den Kollegen für das Vertrauen, was sie ihm in der Zeit seiner Tätigkeit geschenkt hätten und sprach den Wunsch aus, die Kollegen möchten sich tiefer in die Arbeiterbewegung einleben, gerade darin habe er seine volle Betätigung gefunden. Die Kollegen von Wipperfurth sprachen dann noch den Wunsch aus, man möge dafür sorgen, daß auch in Wipperfurth das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt würde. Kollege Lange teilte den Kollegen mit, in welcher Weise vorgegangen werden solle, womit sich die Kollegen einverstanden erklärten. An die Kollegen von Wipperfurth tritt nun die Aufgabe heran, den letzten Bauarbeiter in Wipperfurth dem Verbande zuzuführen. Zum Schluss wurde den Kollegen Aufweisung gegeben, in welcher Weise die Versammlungen interessant zu gestalten seien. — An die Konferenz schloß sich eine öffentliche Versammlung an, welche trotz des herrlichen Wetters und einer vorausgegangenen Volksversammlung äußerst gut besucht war. Kollege Lange aus Köln hatte das Referat übernommen. In ausführlicher Weise schilderte Kollege Lange die Ursachen und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Die Versammlung wie auch die Konferenz hat bedeutend zur Aufklärung beigetragen. Mögen die Kollegen dieses in die Praxis umsetzen, dann werden wir auch in Zukunft Erfolge zu verzeichnen haben.

Wesel. Wie notwendig die gewerkschaftliche Aufklärung ist, das beweist so recht die Zahlstelle Wesel. Im Jahre 1906 wurde durch unsere Organisation für die Weseler Kollegen eine Lohnerhöhung von 5-6 Pf. pro Stunde erreicht. Das wurde freudig hingenommen. Nun aber in diesem Jahre nichts für Wesel erreicht wurde, sagt ein Teil der Kollegen, die Organisation hat für uns für die ersten zwei Jahre keinen Zweck; nach zwei Jahren treten wir wieder ein. Streik gibt es ja nun doch nicht, wofür also Beiträge bezahlen. Das ist wirklich sehr schlaun, nur haben diese Superflügen nicht bedacht, daß hierbei die Organisation auch ein Wort mitzureden hat. Die Organisation hat Gott sei Dank doch die Freiheit, solche Schmarozken weit von sich zu weisen. Elemente, denen es nicht auf einen blauen Montag ankommt, die auch Geld für Branntwein haben, die da glauben, die übrigen Kollegen, die treu ihre Beiträge bezahlen, um ihr Geld betrogen zu können, die sollen sich doch gewaltig täuschen. Also nur zu, in zwei Jahren sollt ihr die Früchte ernten, aber ganz anders, als ihr denkt. Ihr es nicht tief bedauerlich, solches schreiben zu müssen? Wo bleibt da die Einsticht und das Verständnis für die Aufgaben der Organisation, aber auch die richtige Erkenntnis der gegenwärtigen Zeit? Glauben diese „Kollegen“, die Arbeitgeber würden einer Organisation, die keine Geldmittel hinter sich hat, die doch nur in friedlichen Zeiten aufgebracht werden können, auch nur das geringste Entgegenkommen zeigen? Daß sie so dumm wären. Wird sich überhaupt der gegenwärtige Vertrag mit den heutigen Löhnen aufrechterhalten lassen, wenn ein Teil der Kollegen sich außerhalb des Verbandes stellt? Wir glauben das kaum, und werden daher der Sache ruhig zusehen. Dann werden auch die Weseler Kollegen erfahren, in wessen Wahl sie gesagt haben.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Unter den Arbeitgeberverbänden nimmt die am 12. April 1904 ins Leben gerufene Hauptstelle, unter dem maßgebenden Einfluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller stehend, zweifellos die bedeutendste Stelle ein. Als einigermaßen gleichartige Gruppe kommt nur noch der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ in Betracht, der, weniger aus prinzipiellen, als vielmehr aus persönlichen Gründen, unter Führung des Zentralverbandes deutscher Metallindustrieller im Mai 1904 gebildet wurde. Der „Hauptstelle“ gehörten am Anfang des Jahres 1907 unter Anrechnung der Unterverbände 111 Organisationen an, 13 mehr wie im Vorjahre. Die Zahl der in den Betrieben der Mitglieder der Hauptstelle beschäftigten Arbeiter betrug nach der Gründung der Hauptstelle im Jahre 1904: 456 731, im Dezember 1905: 711 899, im Dezember 1906: 781 956, im Dezember 1907 etwa 900 000. (Die Zahlen sind die Durchschnittszahlen des ganzen Jahres, nicht die Höchstzahlen.) In der Hauptstelle sind organisiert: die gesamte deutsche Textilindustrie mit ganz wenigen Keinen Ausnahmen, die Eisenindustrie des Westens, der Braunkohlenbergbau, der Bergbau des Ruhrgebiets, die Papierindustrie und endlich — neben einer Anzahl von Spezialindustrien — die Glasindustrie. (Demgegenüber ist das Mitglied innerhalb des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der sich wesentlich auf Mittel- und Norddeutschland bezieht.) Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ steht mit dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ in einem Kartellverhältnis. Die finanziellen Verhältnisse der „Hauptstelle“ und der angeschlossenen Organisationen sind nicht klar zu übersehen. Einen ungefähren Maßstab der finanziellen Mittel ergibt die Tatsache, daß die „Hauptstelle“ auf 1000 M. Lohnsumme 25 Pf. erhebt. Davon erfordern Verwaltungskosten, Agitation und sonstige laufenden Ausgaben etwa ein Viertel, während dem Kriegsfonds rund sieben Achtel zugeführt werden. Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ richtet sich hauptsächlich gegen die Verletzungen der Arbeiter. Zwar wird stets betont, daß nur „unberechtigter“ Forderungen der Arbeiter bekämpft werden sollen. Allein, man kennt das! Die christlichen Arbeiter tun gut, sich immer enger zusammenzuschließen und einig zu sein, damit die Bäume der Unternehmerverbände nicht in den Himmel wachsen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Berliner Wohnungsverhältnisse. Von der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin ist im vergangenen Jahre wieder eine Wohnungsverhältnisse vorgenommene worden, deren soeben veröffentlichte Ergebnisse zeigen, daß im Wohnungswesen noch mancherlei Mängel bestehen. Insgesamt sind im Vorjahre die Wohnungen von 12 793 erkrankten Kassamitgliedern untersucht worden, der größere Teil betraf Handwerksarbeiter, der kleinere Teil Handlungsgehilfen und Gehilfen. Als besonders ungünstig erweisen sich die Keller- und Dachwohnungen. Seitens der meisten von diesen Wohnungen entsprechen den Bedingungen nicht, welche die Bau-polizei in der neueren Häuser stellt. Während die Bau-polizei ein Höhenmaß von 2,80 Meter vorschreibt, bleiben 56 Prozent der Dachwohnungen und 45 Prozent der Kellerwohnungen noch unter einem Höhenmaß von 2,50 Meter, und mehr als ein halbes Dutzend der untersuchten Wohnungen waren sogar noch unter einem Höhenmaß von 2 Meter. Wenn die Mindestforderungen bekannter Hygieniker bezüglich des für den einzelnen Bewohner notwendigen Raumes angewendet werden, so bleiben rund 60 Prozent der untersuchten Kammern unter diesen Mindestforderungen. Rund 12 Prozent der Kammern haben in ihren Befahrungen nur einen Luft-raum von 10 Kubikmeter zur Verfügung und 71 Patienten

wurden sogar ermittelt, auf die in ihren Wohnungen ein Luft-raum von weniger als 4 Kubikmeter entfällt. Dagegen wird in modernen Krankenhäusern bei besten Ventilationsrichtungen ein ungefähr sechs Mal höherer Luftstrom gefordert. Sehr große Schäden in bezug auf die Uebertragung von Krankheiten gehen aus dem dichten Zusammenwohnen in den einzelnen Behausungen hervor. Von den an Lungentransheit leidenden Männern mußten mehr als 87 Prozent und von den Frauen mußten annähernd 86 Prozent mit anderen Personen in einem Zimmer wohnen. Mehr als 1300 der in die Untersuchung einbezogenen Personen mußten ihr Nachtlager mit anderen Personen teilen und von diesen Personen waren wiederum 239 von Lungentransheiten befallen. Daß unter solchen Wohnungsverhältnissen die Lungentuberkulose in solchen Familien, in denen sie erst einmal Eingang gefunden hat, immer weitere Ausbreitung findet, läßt sich nicht nur annehmen, sondern ist auch durch die Untersuchung festgestellt. In Wohnräumen, die gänzlich ohne Fenster waren, wurden 83 Personen angetroffen und 331 Personen mußten in Wohnungen wohnen, die weder einen Ofen noch eine andere Heizmöglichkeit hatten.

Arbeiter-Museum in Bayern. Das Kgl. bayerische Arbeiter-Museum, das frühere Museum für Arbeiterwohlfahrtsrichtungen (München, Pfarrstraße 3) hat kürzlich, wie der „Arbeiter“ (München) berichtet, seinen zweiten Jahresbericht veröffentlicht. Derselbe gibt Zeugnis, daß das Museum sich in einer erfreulichen Fortentwicklung befindet. Die Sammlungen haben sich recht bedeutend vermehrt, was schon daraus hervorgeht, daß sich die Zahl der betriebsbereiten Maschinen von 24 auf 33, die Zahl der zum Antrieb nötigen Motore von 5 auf 7 vermehrt hat. Der Umstand, daß nunmehr sämtliche Maschinen im Betriebe vorgeführt werden, hat die Darbietungen des Museums besonders wertvoll und lehrreich gestaltet.

Der Besuch hat sich im abgelaufenen Jahre gegenüber den früheren Jahren, wo die Anlage sich noch in provisorischen Räumen befand, durchschnittlich um das Fünffache erhöht. Er betrug insgesamt rund 10 000 Personen. Im Juni des Vorjahres konnte das Arbeitermuseum eine Sonderausstellung über Verhütung und erste Bekämpfung von Feuers-, Explosions- und Erstickungsgefahren eröffnen. Das Interesse hierfür dauert auch gegenwärtig noch an, da ein guter Teil der Gegenstände von den ausstellenden Firmen dem Museum auf lange Zeit leihweise oder auch direkt schenkungsweise überlassen wurde. Die Fachbibliothek hat durch die Bereitstellung von Mitteln seitens des Kgl. Staatsministeriums eine wesentliche Bereicherung erfahren; mögen diese Zeilen dazu Anregung geben, daß sie mehr wie bisher auch noch benützt werde. In bezug auf die Abgabe von Gutachten kam das Kgl. Arbeitermuseum im Berichtsjahre nur zweimal in die Lage, solche zu erstatten, dagegen wurden eine ganze Reihe von Auskünften über die verschiedensten Angelegenheiten erteilt. Weitere Verringerung ist in dieser Richtung von einer fortgesetzten aufklärenden Tätigkeit seitens der Gewerbeaufsichts-beamten, zum Teil aber wohl auch von dem für 1908 vorgesehenen Propaganda-Programm zu erwarten.

Alle sozial interessierten Kreise und insbesondere Arbeiter, die zum Besuche der „Ausstellung München 1908“ in die bayerische Residenz kommen, sollten auch dem Arbeitermuseum einige Stunden widmen. Das Museum ist geöffnet an allen Werk-tagen (Montag ausgenommen), von 10-1 Uhr vormittag, Dienstag und Donnerstag auch von 6-8 Uhr abends; an Sonn- und Feiertagen von 10-1 Uhr mittags. In besonderen Fällen ist der Besuch auch außerhalb dieser Zeit gerne gestattet; für vorher angemeldete größere Gruppen werden auf Wunsch besondere Führungen zu vereinbarten Zeiten veranstaltet.

Von den Arbeitsstellen.

Einigerloß, den 30. Mai. Auf dem Bau von Georg Stolze verunglückten am 26. Mai die Kollegen Plasmann und Schwetters. Der Bau wird abgebrochen und während der Montage am Dach-reimigen war, stürzte dasselbe plötzlich zusammen und auf die unten beschäftigten Arbeiter. Plasmann erlitt eine Nackgratverletzung, Schwetters einen Beinbruch. Beide mußten sofort dem Krankenhaus überwiesen werden. Der Betrieb ging alsdann wieder weiter. Der Unterstand, der das Unglück für die beiden Kollegen herbeiführte, liegt darin, daß oben und unten zugleich abgebrochen wurde.

Literarisches.

Staatsbürger-Bibliothek. Herausgegeben vom Verband der Wandbroschüren Deutschlands. Verlag der Reichsdeutschen Arbeiter-Zeitung, Gesellschaft mit beschr. Haftung, M.-Gladbach.

3. Heft: Das Budgetrecht des Deutschen Reichstags und der Reichshaushaltssetz. 60 S. 8°. 1908. Preis 30 Pf., postfrei 35 Pf.

Inhalt: Vorwort. § 1. Begriff des Budgets. § 2. Staatbudget — Reichsbudget. § 3. Erfordernisse des Budgets. § 4. Das Wachsen des Budgets. § 5. Vorlage des Budgets. § 6. Begriff und Wesen des Budgetrechts. § 7. Budgetverweigerung, Verwaltung ohne Budget. § 8. Die Vorbereitung des Reichshaushaltssetz. § 9. Vorausschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushaltssetz. § 10. Ordentlicher und außerordentlicher Etat (Ordinarium und Extraordinarium). § 11. Die Beratung des Haushaltssetz im Reichstag. § 12. Die äußere Form des Reichshaushaltssetz. § 13. Die Finanzgemeinschaften im Reich. § 14. Der Vollzug des Reichshaushaltssetz. § 15. Die Kassaführung im Reich. § 16. Kontrolle des Reichshaushalts. § 17. Die Verantwortlichkeit des Reichskassiers. Schlußwort. Anlagen: A. Entwurf des Reichs-Etatgesetzes für 1908. B. Entwurf des Etatsgesetzes für die Schutzgebiete für 1908. C. Ausgaben und Einnahmen des Reichs für die Jahre 1875, 1886, 1896 und 1908 nach dem Schema des Etatsentwurfes für 1908. D. Hauptetat für die Schutzgebiete für 1908. E. Spezialetat für das Reichsamt des Innern für das Jahr 1908. F. Spezialetat für das ostafrikanische Schutzgebiet für das Jahr 1908.

Das Budgetrecht, d. i. das Recht an der Aufstellung und Kontrolle des Staatshaushalts in entscheidender Weise mitzuwirken, ist das praktisch wertvollste konstitutionelle Recht der Volksherrschaft. Zweck der vorliegenden Broschüre ist es, angefaßt der vielfach herrschenden Interessenslosigkeit gegenüber diesem wichtigen Volksrechte Aufklärung zu verbreiten sowohl über die Bedeutung des Budgetrechts wie auch über Begriff und Zuständigkeiten des Reichshaushaltssetz und dessen Durchführung und Kontrolle.

4. Heft: Das Landheer. 104 S. 8°. 1908. Preis 30 Pf., postfrei 35 Pf.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Verfassungsrechtliche Bestimmungen. § 1. Verhältnis von Reich und Bundesstaaten. § 2. Die Einseitigkeit des Heeres. § 3. Die Kommandogewalt. § 4. Die Ausgaben für das Landheer. — Zweiter Teil: Die Organisation des Landheeres. § 5. Das stehende Heer. § 6. Die Militärvorlagen von 1874 bis 1906. § 7. Die Landwehr. § 8. Der Landsturm. § 9. Die Militärdienstpflicht. — Dritter Teil: Der Militärdienst. § 10. Die gesetzliche Dienstpflicht. § 11. Berufsmäßiger Militärdienst. § 12. Die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. § 13. Sonderrechte des Militärstandes. — Vierter Teil: Die Militärstrafen. § 14. Die Friedensstrafen. § 15. Die Kriegsstrafen. — Schlußwort. Das deutsche Heer, das „Boll in Wasser“, läßt auf unsere gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen

Verhältnisse einen so beherrschenden Einfluß aus, daß es eine der ersten staatsbürgerlichen Pflichten erscheint, sich mit Heereswesen, dem Militärdienst und der Heeresorganisation gründlich vertraut zu machen. Es gilt dies weiter aber auch ganz besonders in Anbetracht der außerordentlich schweren persönlichen und finanziellen Opfer, die das Militärwesen dem Einzelnen der Gesamtheit fortwährend auferlegt. Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit des Heeres bestehen nicht, aber solche über den Umfang und die Art der Heeresorganisation gerade in dieser Beziehung ist in der vorliegenden Schrift welche überflüssig und ausreichend über das deutsche Heer orientiert, gegebene altertümliche Darstellung des in den Militärverordnungen von 1874 bis 1906 zwischen Regierung und Parlament ausgetragenen Kampfes um die Festlegung der Friedenspräparative sehr dankenswert und von bauerndem Interesse und Wert.

Anleitung zur Inanspruchnahme des deutschen Vereins- und Versammlungsrechts auf Grund des Reichsvereinsgesetzes. Die Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten werden bekanntlich nunmehr durch das Reichsvereinsgesetz abgelöst. Ueber dieses erscheint, ob seiner Neuheit, ein Leitfaden notwendig. Ein solcher ist soeben im christlichen Gewerkschafts-verlag, Köln, Palmstr. 14, erschienen, der Kollegen Schütz zum Verfasser hat. Schütz ist bekanntlich Mitglied des Reichstages und gehörte der Kommission zur Beratung des Reichsvereinsgesetzes an, so daß er über den Willen des Gesetzgebers in allen Einzelheiten orientiert ist. Dieser Umstand kommt dem bezeichneten Schriftchen sehr zu statten. Aus dem Inhalt heben wir folgende Hauptkapitel hervor: Vom Vereins- und Versammlungsrecht im allgemeinen, Das Petitionsrecht der Arbeiter, Von den Vereinen, Ammeldepflicht öffentlicher Versammlungen, Der Versammlungsleiter, Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge, Versammlungen und Polizei, Der Sprachparagraphen-Platzwesen — Flugblattverteilung, Wortlaut des Gesetzes. Die Mitglieder wird das Schriftchen um 20 Pf. verabsfordern. Eine bessere (Buchhandlungs-)Ausgabe kostet 60 Pf.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingelangte Gelder die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldbeträge in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und abgeschlossen.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Silberdorfer Str. 6 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschluß anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. Juni sind folgende Beiträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: E 1600,— M, Hannover 800,— M, Arnberg 176,50 M, Münster 100,— M, Weiserheim (Eingelz.) 4,55 M, Rainsicht (Eingelz.) 3,55 M, Weverungen 42,68 M, Dirschau 136,74 M, Gildesheim 377,47 M, Reichthal (Eingelz.) 3,05 M, Münster (B.) 200,— M, Dortmund 800,— M, Dsnabrück 262,07 M, Krefeld 413,94 M, Wilhelmshaven 100,— M, Dillingen 200,— M, Celle 200,— M, Verfurt 14,63 M, Königsberg (W.) 300,— M, Tiefenort 18,70 M, Bamberg 30,— M, Simbach 9,20 M, Königsberg (W.) 700,— M, Borchhorst 390,13 M, Dingelstädt 80,19 M, Mannheim 200,— M, St. Johann 700,— M, Hohenalza 185,95 M
- Für Verbandsplakate und Karten: Weverungen 1,50 M, St. Johann 15,— M
- Für Futtermale: Dsnabrück 30,— M, Hohenalza 0,45 M
- Für Hauskassiererbücher: Weverungen 0,30 M, Dirschau 2,60 M, Gildesheim 1,50 M, Dsnabrück 1,50 M
- Für Inzerate: Kappenberg 1,80 M
- Für Stempel: Langenbrück 2,40 M, Haus 1,40 M, Twistingen 1,40 M, Emmiger 1,40 M, Weching 0,85 M, Nieder 3,55 M, Dlsberg 4,55 M
- Für Verbandsstaprotokolle: Krefeld 0,50 M

Bekanntmachungen.

Für die Verwaltungsstellen-Kassierer. Wir machen darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 21. bis 30. Juni Karten nicht verhandelt werden. Die Kassierer werden aufgefordert, ihren Bedarf frühzeitig zu beden. Der Hauptvorstand. J. A.: Fr. Jacobi, Hauptkassierer.

Achtung! Nachen, Stuttkatzen. Laut Beschluß der letzten Versammlung finden die Mitgliederversammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, bei Paffen statt.

Bezirk Köln. Mit Genehmigung des Zentralvorstandes berufen wir la § 8 Abs. d des Statuts eine **Bezirks-Konferenz** nach Köln ein. Dieselbe findet am Sonntag, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr beginnend, im Lokal der „Krone“, Großer Griedenmarkt 16, statt.

- Tagesordnung:**
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung.
 2. Die diesjährige Tarifbewegung und welche Lehren ziehen wir daraus?
 3. Die Geschäfts- und Kassienführung der Verwaltungsstellen.
 4. Agitation.
 5. Anträge und Verschiedenes.

Jede Verwaltungsstelle hat zu dieser Konferenz mindestens einen Delegierten zu entsenden, welcher über den Stand der Verwaltungsstelle Bericht erstatten muß. Verwaltungsstellen mit 100 Mitglieder haben für jede weiteren 200 Mitglieder einen Delegierten mehr zu entsenden. Werden mehrere Delegierte entsandt, so ist zu beachten, daß jeder Beruf vertreten ist. Die Kosten haben die Verwaltungsstellen zu tragen. Anträge spätestens bis zum 30. Juni an den Bezirksleiter einzusenden. Eine Abschrift der ersten Quartalsabrechnung haben noch die Verwaltungsstellen nicht eingesandt. Dieses muß unverzüglich geschehen.

Der Bezirksvorstand J. A.: Ant. Lange, Palmstraße 14.

Storbekannt.

Am 2. Juni starb unser treues Mitglied Anton Krämer im Alter von 39 Jahren an Lungentransheit. Zahlstelle Mülheim (Rhein). Am 3. Juni starb unser Kollege Ernst Fellschmann im Alter von 34 Jahren infolge Rippenfellentzündung. Zahlstelle Lengering i. W.

Ehre ihrem Andenken